



RUNDBRIEF SUDAN/SÜDSUDAN

2/2023

KOORDINATIONSGRUPPE 2054 SUDAN/SÜDSUDAN

AMNESTY
INTERNATIONAL



INHALT

Südsudan

Südsudan unterzeichnet die internationale Konvention zum Verbot von Streubomben.....	3
Noch keine strafrechtlichen Aufarbeitung der außergerichtlichen Tötungen von Mayom.....	3
Sudan und Südsudan sind die gefährlichsten Länder für humanitäre Helfer*innen.....	3
Bericht vom UN-Menschenrechtsrat.....	4
Briefing des UN-Sicherheitsrates zu Südsudan.....	5
Südsudanese*innen wird Gerechtigkeit seit einem Jahrzehnt verweigert und verzögert.....	6
Starke Einschränkungen von Menschenrechtsverteidigerinnen.....	7

Sudan

Chronik September 2023 bis Januar 2024.....	9
Gewalt gegen Zivilist*innen.....	12
Humanitäre Krise.....	14

Bild Seite 1: South Sudan-UN-UNRest, July 13,2018; AFP via Getty Images

SÜDSUDAN

Südsudan unterzeichnet die internationale Konvention zum Verbot von Streubomben

„Mit dem Verbot von Streubomben macht der Südsudan einen wichtigen Schritt zur Stärkung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit“, sagte [Mary Wareham](#), [amtierende](#) Direktorin bei Human Rights Watch und Vorsitzende der [Cluster Munition Coalition](#). (7. August 2023) <https://www.hrw.org/news/2023/08/07/cluster-munitions-south-sudan-accedes-global-ban>

Noch keine strafrechtlichen Aufarbeitung der außergerichtlichen Tötungen von Mayom

Am 8. August 2022 kursierten Videos und Fotos in den sozialen Medien, die die südsudanesischen Regierungstruppen bei der Hinrichtung gefangener Kämpfer einer bewaffneten Oppositionsgruppe im Bezirk Mayom zeigten. Trotz öffentlicher Proteste gegen die Morde wurde auch ein Jahr später noch niemand zur Rechenschaft gezogen. Die Morde fanden während der Aufstandsbekämpfung statt, die vom Gouverneur des Bundesstaates Unity nach offensichtlichen Angriffen der Südsudan Patriotischen Bewegung (SSPM) eingeleitet wurden, bei denen 12 Menschen getötet wurden, einschließlich des Bezirkskommissars von Mayom.

Das südsudanesische Militär richtete ein Untersuchungskomitee ein und legte seinen Bericht Mitte August 2022 Präsident Salva Kiir vor. Der Präsident bildete dann sein eigenes Untersuchungskomitee, aber die Ergebnisse wurden nie veröffentlicht.

Die Straflosigkeit für schwere Verbrechen, einschließlich der von der Regierung und Rebellen im gesamten Südsudan während des Konflikts und nach der Unterzeichnung des [Friedensabkommens](#) von 2018 begangenen, ist zur Norm geworden. Die Behörden haben eine Handvoll [Mitglieder](#) der [Sicherheitskräfte](#) wegen Verbrechen gegen Zivilisten strafrechtlich verfolgt, aber keines umfasste hochrangige Militär- oder zivile Führer. <https://www.hrw.org/news/2023/08/09/south-sudan-awaits-justice-mayom-extrajudicial-killings>

UN: Sudan und Südsudan sind die gefährlichsten Länder für humanitäre Helfer*innen

9. September 2023 (NEW YORK) – Der Sudan und der Südsudan sind die gefährlichsten Länder der Welt für Helfer*innen, sagten die Vereinten Nationen am Freitag, als sie mehr Mittel zur Unterstützung humanitärer Operationen in diesen und anderen Krisenländern forderten.

Von den 71 getöteten Helfer*innen in diesem Jahr arbeiteten 22 im Südsudan und 19 im Sudan, teilte das UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) mit.

<https://sudantribune.com/article277819/>

Bericht vom UN-Menschenrechtsrat

Ein neuer Untersuchungsbericht des UN Human Rights Council stellt fest, dass die anhaltende Unterdrückung die Aussichten auf Frieden, Menschenrechte und glaubwürdige Wahlen gefährdet.

Während der Südsudan die Aussicht auf nationale Wahlen im Dezember 2024 in Betracht zieht, muss seine Regierung dringend die ungesetzliche Medienzensur beenden, die unerträglichen Beschränkungen für bürgerliche und politische Aktivitäten aufheben und die Angriffe auf Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen einstellen, so die UN-Menschenrechtskommission im Südsudan.

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/10/south-sudan-un-inquirys-report-finds-entrenched-repression-imperils> In der anschließenden Diskussion über den Südsudan erklärten einige Redner*innen, sie seien weiterhin zutiefst besorgt über die Entwicklungen im Südsudan, da immer wieder neue Verbrechen begangen würden. Sie hörten von außergerichtlichen Tötungen, Entführungen, Angriffen auf Zivilisten und schrecklichen Berichten über sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt, darunter Massenvergewaltigungen und sexuelle Sklaverei. Die Redner*innen äußerten sich sehr besorgt über die Sicherheit der Mitarbeiter*innen humanitärer Hilfsorganisationen. Es sei von größter Wichtigkeit, angemessene Mechanismen zur Rechenschaftslegung zu schaffen, um sicherzustellen, dass keine Straflosigkeit herrsche. Ein Redner sagte, dass alle Parteien ihre Differenzen in Bezug auf die Menschenrechte durch einen konstruktiven Dialog lösen sollten: Die Diskussionen im Rat sollten zur Stabilität und Entwicklung des Südsudan beitragen, ohne zu politisieren, und nicht andersherum.

November 11, 2023 (JUBA) –Die südsudanesische Armee und Polizei haben Berichte über einen Putschversuch dementiert, obwohl die Sicherheitskräfte in und um die Hauptstadt Juba am Freitagabend stark aufmarschiert sind. <https://sudantribune.com/article279290/>

November 14, 2023 (JUBA) – Der Südsudan bestreitet vehement jede Verbindung zum anhaltenden Konflikt im benachbarten Sudan und weist die Anschuldigungen zurück, die durch die Verbreitung von Fotos in den sozialen Medien ausgelöst wurden, auf denen Personen aus dem Südsudan in Uniform der RSF zu sehen sind. <https://sudantribune.com/article279381/>

UN drängt auf freien Wahlkampf für die überfälligen Wahlen im Südsudan

Im Südsudan sollen im nächsten Jahr zum ersten Mal Wahlen stattfinden, und zwar im Rahmen eines Friedensabkommens von 2018, das den blutigen Bürgerkrieg im jüngsten Land der Welt beendet hat.

Doch die fragile Einheitsregierung hat viele wichtige Bestimmungen des Abkommens nicht erfüllt, und in der internationalen Gemeinschaft bestehen nach wie vor große Zweifel daran, dass der Wahltermin eingehalten werden kann. <https://www.theeastafrican.co.ke/tea/news/east-africa/un-urges-free-campaigning-for-south-sudan-s-overdue-elections-4443770>

Briefing des UN-Sicherheitsrates zu Südsudan

Am 4. August 2022 einigten sich alle Unterzeichner des wiederbelebten Abkommens über die Lösung des Konflikts in der Republik Südsudan (R-ARCSS) auf einen Fahrplan, der die Übergangszeit um 24 Monate verlängert, um ihre wichtigsten noch offenen Aufgaben umzusetzen. Entscheidende Aspekte des Fahrplans beziehen sich auf die Vereinigung der Kräfte und deren Umschichtung, die Ausarbeitung einer dauerhaften Verfassung und den Wahlprozess. Die ursprüngliche Übergangszeit, die in der R-ARCSS vereinbart wurde, endete am 22. Februar, während die verlängerte Übergangsfrist am 22. Februar 2025 endet, wobei die ersten Wahlen nach der Unabhängigkeit für den Dezember 2024 geplant sind.

Es wird erwartet, dass mehrere Mitglieder in ihren Erklärungen ihre Besorgnis über die langsame Umsetzung der R-ARCSS wiederholen werden, was den jüngsten Bericht des Generalsekretärs über den Südsudan widerspiegelt. In seinen [Ausführungen](#) während einer Sitzung des AU-Friedens- und Sicherheitsrats (AUPSC) über die Lage im Südsudan bemerkte Haysom, dass trotz der Verabschiedung kritischer Gesetze die im Fahrplan festgelegten Zeitpläne hinter dem Zeitplan bleiben. Er fügte hinzu, dass die anhaltenden Sicherheits- und politischen Spannungen im ganzen Land das Potenzial haben, sich zu verschärfen, wenn das Wahldatum näher rückt. Haysom betonte auch, dass die Parteien an der wiederbelebten Einigung einen Konsens über die Bedingungen erzielen müssen, die für die Wahlen erforderlich sind.

Die Ratsmitglieder sind weiterhin besorgt über die anhaltende subnationale und interkommunale Gewalt im Land. Während des Berichts des Generalsekretärs dokumentierte und überprüfte UNMISS 217 Gewalttaten, die 727 Zivilisten betrafen, darunter 63 Frauen und 71 Kinder. In einer [Pressemitteilung vom](#) 30. November nahm UNMISS die gemeldeten Angriffe von „Regierungskräften“ gegen eine Basis der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee in Opposition (SPLM-IO) in Kai Gai, in der Nähe der Stadt Leer im Bundesstaat Unity State, zur Kenntnis. Die Erklärung forderte alle Parteien auf, sofortige Maßnahmen zur Deeskalation der Feindseligkeiten zu ergreifen und bestätigte die Vertreibung Tausender Zivilisten aus den betroffenen Gebieten.

Am 1. Dezember veröffentlichten UNMISS und das Büro des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR) einen [gemeinsamen Bericht](#) über „Angriffe gegen Zivilisten im Groß-Ober-Nil, Südsudan“. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass es vernünftige Gründe zu der Annahme gibt, dass zwischen August und Dezember 2022 grobe Verletzungen und Missbräuche des internationalen Menschenrechts und schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts in der Region Greater Upper Nile während der Kämpfe zwischen bewaffneten Gruppen begangen wurden, die sich von der pro-Riek Machar Sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA-IO) abspalten. Der Bericht stellt weiter fest, dass die Kämpfe in diesem Zeitraum zur Tötung von mindestens 594 Zivilisten, darunter 136 Frauen und 92 Kinder, und die Verletzung von mindestens 290 Zivilisten, darunter 39 Frauen und zwei Kinder, geführt haben. Der Bericht weist darauf hin, dass die Untersuchungen der Menschenrechtsabteilung von UNMISS mindestens 22 Personen identifiziert haben, die die Verantwortung für diese Verletzungen und Missbräuche tragen können. Insgesamt 19 Vorfälle konfliktbezogener sexueller Gewalt (CRSV), von denen 25 Überlebende betroffen waren, darunter 16 Frauen und neun Mädchen, wurden während des Berichts des Generalsekretärs dokumentiert und verifiziert.

Ein weiteres Thema sind die nachteiligen humanitären, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Kämpfe im Sudan, die am 15. April zwischen den sudanesischen Streitkräften und den Rapid Support Forces, einer paramilitärischen Gruppe, begannen, auf den Südsudan. In seiner Rede am 16. November auf dem AUPSC-Treffen sagte Haysom, dass sich die "Situation in einigen Grenzgebieten von

einer humanitären Herausforderung zu einer Sicherheitskrise verlagert, da Gastgeber, Rückkehrer und Flüchtlingsbevölkerung um abnehmende Hilfe kämpfen". Der Bericht des Generalsekretärs vom 8. Dezember stellte fest, dass eine der Hauptsicherheits- und Schutz der Bedenken der Zivilbevölkerung während des Berichtszeitraums im Zusammenhang mit den Auswirkungen von Rückkehrern aus dem Sudan steht. Der Bericht weist auch auf eine Zunahme der Kriminalität und des Waffenflusses aus dem Sudan in bestimmten Teilen des Landes hin. (Für Hintergründe und weitere Informationen siehe den [Auftrag](#) zum Südsudan in unserer Monatsprognose vom Dezember 2023 und dem 14. September [in der blauen](#) Geschichte.)

Nach [Angaben](#) des Büros des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) haben am 3. Dezember etwa 407.549 Personen - darunter 52.835 sudanesisch-flüchtlinge, 3.628 nicht-sudanesisch-flüchtlinge und 351.086 Flüchtlingsrückkehrer - seit dem Ausbruch der Kämpfe im Sudan in den Südsudan eingetroffen. <https://www.securitycouncilreport.org/whatsinblue/2023/12/south-sudan-briefing-and-consultations-23.php>

Die humanitäre Lage im Südsudan bleibt ein zentrales Thema. Laut dem Humanitarian Response Plan (HRP) des OCHA für den Südsudan 2023 benötigen 9,4 Millionen Menschen - fast 76 Prozent der Bevölkerung des Landes - im Jahr 2023 humanitäre Hilfe, darunter 2,2 Millionen Frauen und 4,9 Millionen Kinder. Gleichzeitig zwingt ein Mangel an finanziellen Mitteln für Hilfsmaßnahmen die humanitären Organisationen dazu, Prioritäten zu setzen und in einigen Fällen Programme auszusetzen. Am 19. November waren 48,2 % des für 2023 vorgesehenen HRP des Südsudan, für das 2,05 Mrd. USD benötigt werden, finanziert.

Die hohe Zahl von Angriffen auf Mitarbeiter*innen humanitärer Organisationen und die Plünderung humanitärer Güter in den letzten Monaten hat die Ratsmitglieder beunruhigt. Nach Angaben der Aid Worker Security Database, einer Zusammenstellung von Berichten über schwerwiegende Sicherheitsvorfälle gegen Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, sind im Südsudan im Jahr 2023 28 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen durch vorsätzliche Gewalttaten gestorben und 44 verletzt worden.

<https://www.securitycouncilreport.org/monthly-forecast/2023-12/south-sudan-26.php>

Südsudan*innen wird Gerechtigkeit seit einem Jahrzehnt verweigert und verzögert

Heute vor zehn Jahren, nur zwei Jahre nach der Unabhängigkeit und nach einem jahrzehntelangen Konflikt mit dem Norden, geriet der Südsudan in einen bewaffneten Konflikt, in dem sich die loyalen Kräfte von Präsident Salva Kiir Mayardit und sein damaliger Vizepräsident Dr. Riek Machar Teny Dhurgon gegenüberstanden.

In dem jahrzehntelangen Konflikt, der schätzungsweise 400 000 Menschenleben gefordert und Millionen von Menschen vertrieben hat, hat Amnesty International Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und schwere Menschenrechtsverletzungen durch alle Seiten dokumentiert. Dazu gehören Massentötungen, Vergewaltigungen und andere konfliktbedingte sexuelle Gewalt, Entführungen, die Rekrutierung von Kindern für bewaffnete Kräfte und Gruppen sowie das Niederbrennen und Plündern von ziviler Infrastruktur.

Trotz der Unterzeichnung von Friedensabkommen zur Beendigung des Konflikts, zunächst 2015, gefolgt von dem 2018 wiederbelebten Abkommen zur Beilegung des Konflikts in der Republik Südsudan (R-ARCSS) und

zuletzt der Roadmap 2022 zur Verlängerung der Übergangszeit, die alle die Verpflichtung enthalten, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, dauert das Warten auf Gerechtigkeit an sagt Tigere Chagutah, Regionaldirektorin von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika. Dieser Mangel an Rechenschaftspflicht hat dazu geführt, dass schwere Menschenrechtsverletzungen nahezu ungestraft bleiben, wie die Konflikte in den Bundesstaaten Upper Nile und Unity sowie in den beiden Verwaltungsregionen Abyei und Pibor zeigen, wo Tausende von Menschen vertrieben und Hunderte von Menschen durch die Kämpfe zwischen verschiedenen bewaffneten Gruppen getötet wurden.

Ein Jahr nach Beginn des Konflikts empfahl die Untersuchungskommission der Afrikanischen Union für den Südsudan, die zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen nach dem Ausbruch der Gewalt eingesetzt wurde, die Einrichtung eines hybriden Justizmechanismus, um die für Menschenrechtsverletzungen seit Dezember 2013 Verantwortlichen vor Gericht zu stellen. Diese Empfehlung wurde später in das Friedensabkommen von 2015 und erneut in das R-ARCSS von 2018 aufgenommen.

Neun Jahre später ist der Gerichtshof noch immer nicht eingerichtet. Weder die Afrikanische Union noch die wiederbelebte Übergangsregierung der Nationalen Einheit scheinen daran interessiert zu sein, Fortschritte in Bezug auf den Hybridgerichtshof zu erzielen. Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit für Opfer und Überlebende sind nach wie vor schwer zu erreichen.

Da sich der Südsudan auf die ersten Wahlen im Dezember 2024 vorbereitet, mit denen die Übergangszeit beendet werden soll, ist es von entscheidender Bedeutung, dass für Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht gesorgt wird. Die gleichen Protagonisten, Präsident Salva Kiir und der Erste Vizepräsident Dr. Riek Machar, deren Streitkräfte die Kämpfe vor zehn Jahren begonnen haben, werden wahrscheinlich die führenden Wahlkandidaten sein.

Die Erfahrung der letzten zehn Jahre hat gezeigt, dass das anhaltende Versäumnis, Mechanismen zur Aufarbeitung vergangener Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen einzurichten, zu neuen Zyklen von Gewalt und Missbrauch geführt hat. Regionale und internationale Akteure müssen den Südsudan in den kommenden Monaten genau im Auge behalten.

Jetzt ist es an der Zeit, den politischen Willen zur Umsetzung von Mechanismen für Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht einzufordern, insbesondere den Hybridgerichtshof für den Südsudan, denn die Opfer und Überlebenden von Gräueltaten können nicht weitere zehn Jahre auf Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht warten. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/12/south-sudanese-justice-is-delayed-denied-for-a-decade/>

Starke Einschränkungen von Menschenrechtsverteidigerinnen

Die südsudanesischen Frauen waren entscheidend für das Streben nach Frieden und Menschenrechten, vom Umfassenden Friedensabkommen (CPA) von 2005 bis zu späteren Friedensabkommen, die schließlich zu dem wiederbelebten Abkommen über die Lösung des Konflikts in der Republik Südsudan (R-ARCSS) führten. Trotz ihrer Widerstandsfähigkeit und ihren bedeutenden Beiträgen sehen sich die WHRDs im Südsudan einem feindlichen Umfeld gegenüber, das von tief verwurzelten patriarchalischen Werten geprägt ist. Zusätzlich zu den geschlechtsspezifischen Herausforderungen stoßen WHRDs wie andere HRDs auf Einschüchterung, Drohungen, Stigmatisierung, gesetzliche Einschränkungen, physische Angriffe und

Kriminalisierung aufgrund ihrer Menschenrechte. Diese Herausforderungen werden in ländlichen Gebieten weiter verschärft, in denen traditionelle Geschlechternormen stärker gelten.

WHRDs sind besonders anfällig für verschiedene Formen geschlechtsspezifischer Bedrohungen und Gewalt in öffentlichen und privaten Bereichen. Dazu gehören geschlechtsspezifischer Gewalt, sexuelle Belästigung, Vergewaltigung und SGBV. Bedauerlicherweise können solche Handlungen zu zusätzlicher Marginalisierung und Ausgrenzung führen, auch durch soziale Stigmatisierung. Selbst Personen, die WHRDs, einschließlich Familienmitgliedern, unterstützen oder eng mit unsigen, verbunden sind, sind nicht davor gefeit, gezielt ins Visier genommen zu werden.

Darüber hinaus befinden sich WHRDs oft im Zentrum von Angriffen, die darauf abzielen, ihren Ruf zu trüben und ihre Sexualität herauszufordern. Diese Angriffe rühren oft aus der Nichtkonformität mit Stereotypen her, die „angemessenes“ Verhalten für Frauen und Männer regeln. Konservative Narrative, die Frauen auf Familien- und Fortpflanzungsrollen beschränken, tragen zu diesem Targeting bei. Folglich sind WHRDs häufig Ziel von Feindseligkeit, wenn sie an kollektiven öffentlichen Aktionen oder Bewegungen teilnehmen, sowohl online als auch offline, was manchmal zu ihrer Isolation und Entfremdung von ihren Gemeinden und Familien führt. Die Sicherheitsbehörden im Südsudan zeigen oft feindselige Haltung gegenüber WHRDs. Opfer von Verstößen werden oft beschuldigt, „sich selbst Schaden zuzufügen“, wenn sie Straftaten melden, insbesondere in Wau, Aweil und Bentiu.

Einschränkungen der Kleidung und der Körperautonomie von Frauen sind im Südsudan üblich. In einigen Regionen, wie Bentiu, diktieren die Behörden die Kleidungswahl von Frauen, was zu gewalttätigen Folgen für die Nichteinhaltung führt. Darüber hinaus kann WHRDs Vorwürfen der Förderung ausländischer Werte ausgesetzt sein. Diese Bedrohungen, Risiken und Verstöße werden in Kontexten, die von Konflikten, Katastrophen, wirtschaftlicher und politischer Instabilität geprägt sind, weiter verschärft.

Die Strafverfolgung stellt ein erhebliches Hindernis für den Schutz der WHRDs dar. Friedliche Demonstrationen werden immer weniger toleriert, und viele WHRDs leben aufgrund wiederholter Drohungen und Belästigungen durch staatliche Aktivisten in Angst.

Die Ergebnisse des Berichts zeigen auch die begrenzten Kenntnisse der rechtlichen Rahmenbedingungen, ineffektive Interessenvertretungsstrategien, unzureichende Finanzierung, schlechte Organisation und eingeschränkten Zugang zu Rechtsmitteln. Diese stellen die Fähigkeit der WHRDs zur wirksamen Förderung der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit im Südsudan auf. Ihr begrenztes Verständnis der rechtlichen Rahmenbedingungen macht sie anfälliger für mögliche rechtliche Konsequenzen. Unzureichende Advocacy-Strategien deuten darauf hin, dass WHRDs Schwierigkeiten haben könnten, ihre Ziele effektiv zu kommunizieren und Unterstützung für ihre Zwecke zu erhalten. Die Frage der

unzureichenden Finanzierungen schränkt nicht nur ihre betrieblichen Kapazitäten ein, sondern spiegelt auch breitere Ressourcenunterschiede in der aktivistischen Landschaft wider. Eine schlechte Organisation, insbesondere in ländlichen Gebieten, bedeutet einen Mangel an Infrastruktur und Koordination, was ihre kollektiven Auswirkungen erheblich beeinträchtigt. Schließlich bedeutet ein begrenzter Zugang zu Rechtsmitteln, dass WHRDs Schwierigkeiten haben können, Gerechtigkeit und Schutz zu suchen, wenn ihre Rechte verletzt werden.

Während die Herausforderungen anhalten, zeigen die südsudanesischen WHRDs bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit, indem sie selbst nachhaltige Gewerkschaften, Verbände und Netzwerke in den verschiedenen Staaten bilden. Diese gemeindebasierten Initiativen bieten angesichts von Widrigkeiten entscheidende Unterstützung für WHRDs.

Zusammenfassend lässt sich in diesem Bericht umfassend auf die Lage der WHRDs im Südsudan berichten. Es skizziert ihre Erfahrungen, Herausforderungen und Bedürfnisse und präsentiert gleichzeitig wichtige Empfehlungen, um die einzigartigen Hindernisse zu beseitigen, mit denen sie bei ihrem Streben nach Menschenrechten konfrontiert sind. <https://defenddefenders.org/against-all-odds-assessing-the-consequences-of-shrinking-civic-space-on-women-human-rights-defenders/>

SUDAN

September

Am 1. September veröffentlicht „Le Monde“ einen Artikel und Aufruf zu einem umfassenden Waffen-Embargo gegen den Sudan. Ein bereits seit 2004 bestehendes Embargo richtet sich nur gegen Darfur und auch dies ohne Erfolg. Der Aufruf stammt von den Amnesty International – Mitarbeiter:innen Brian Castner, Leitender Berater für Krisensituationen und Waffeninvestigation und Tigere Chagutah, Regionaldirektorin fürs östliche und südliche Afrika. Russland steht hierbei im Verdacht die SAF (Sudanese Armed Forces) mit Waffen zu versorgen, während die RSF (Rapid Support Forces) Lieferungen durch die Vereinigten Arabischen Emirate, Libyen und Wagner, eine russische Privatarmee, erhält. Frankreich und seine europäischen Partner werden dazu aufgefordert Druck auf die von Verkäufen betroffenen Staaten und internationalen Gremien auszuüben um ein wirklich wirksames internationales Waffenembargo gegen den Sudan zu verhängen.

[Sudan: 'Some states are actively fuelling the conflict by providing arms and ammunition' \(lemonde.fr\)](https://www.lemonde.fr)

Amnesty International fordert ein umfassendes Waffenembargo, das an die Stelle des derzeit geltenden lächerlichen Embargos treten soll. Das derzeitige Embargo gilt nur für Darfur, nicht für den gesamten Sudan, und es gibt keinen wirksamen Mechanismus zur Überwachung internationaler Verkäufe oder zur Verhinderung illegaler Waffentransfers nach Darfur aus dem übrigen Sudan oder den Nachbarländern. Infolgedessen ist das Embargo seit seiner Einführung im Jahr 2004 fast völlig zahnlos. <https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2023/09/sudan-amnesty-fordert-waffenembargo-gegen-den-gesamten-sudan/>

6. September: Aufgrund der bisher begangenen Menschenrechtsverletzungen durch Angehörige der RSF verhängte die US-Regierung Sanktionen gegen den hochrangigen Kommandeur und Bruder des führenden Kommandeurs der RSF, Abdelrahim Hamdan Dagalo. Darunter fallen alle Vermögenswerte und Beteiligungen Dagalos, die sich in den USA befinden oder von einer US-Person kontrolliert werden (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge).

Oktober

Das BafMF veröffentlicht folgende Zahlen: Seit Ausbruch der Kämpfe zwischen RSF und SAF im April 2023 seien Schätzungen zufolge über 4,5 Mio Menschen innerhalb des Landes vertrieben worden. Davon komme die Mehrheit aus dem Bundesstaat Khartoum. Weiterhin seien v.a. Menschen aus Darfur sowie Süd- und Nordkordofan betroffen. Mehr als 1,2 Mio Menschen hätten den Sudan verlassen.

Am **11. Oktober** wird eine Resolution durch den UN-Menschenrechtsrat verabschiedet. Die bisherige humanitäre Situation im Sudan wird von den DefendDefenders als Disaster bezeichnet und die Resolution begrüßt. Weder konnte bisher ein nachhaltiger Waffenstillstand erreicht noch sichere humanitäre Korridore geschaffen werden. Der **FFM** (Fact Finding Mission) als unabhängiger Untersuchungsmechanismus soll auch als Warnsignal an die beteiligten Parteien dienen, dass alle Taten Konsequenzen haben werden. Die Resolution geht u.a. auch auf die Forderungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen ein, „dass ein unabhängiger Mechanismus für den Sudan auch eine Geschlechterperspektive und einen auf die Opfer ausgerichteten Ansatz in seine gesamte Arbeit integrieren sollte.“ [A milestone for accountability in Sudan - DefendDefenders](#)

Amnesty fordert den HRC auf, einen unabhängigen Untersuchungsmechanismus einzurichten

Amnesty International und über 100 weitere Organisationen fordern den UN-Menschenrechtsrat in einem gemeinsamen Brief auf, einen unabhängigen Untersuchungsmechanismus für den Sudan einzurichten, der die bisherigen Menschenrechtsverletzungen untersucht.

Hier geht es zum Original-Brief: [AFR5471612023ENGLISH](#)

[Human Rights Council Adopts 16 Texts, Establishes a Fact-Finding Mission for Sudan and a Working Group on the Rights of Peasants | OHCHR](#)

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/10/un-human-rights-council-positive-votes-on-sudan-and-russia-crucial-to-end-cycles-of-impunity/>

November

Am **22. November** veröffentlicht Amnesty International eine Pressemitteilung zur Gewalt gegen die nicht-arabische Bevölkerung in West-Darfur, v.a. der Masalit-Gemeinschaft, basierend auf Zeugen-Interviews, Videos und UN- sowie Medienberichten. „Am 6. November zählten meine Kollegen und ich in Ardamata insgesamt 95 Leichen. Darunter waren Männer, Frauen und Kinder. Unter ihnen war ein 18 Tage alter Säugling, dessen leblosen Körper wir zusammen mit seiner Mutter und vier weiteren Frauen in einem Wohnhaus fanden“, Zitat eines Arztes aus Ardamata. In dem Ort befindet sich ein Lager für Binnenvertriebene. Laut den Vereinten Nationen sind Mädchen und Frauen vermehrt sexueller Gewalt ausgesetzt. Hier der komplette Bericht: <https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2023/11/sudan-zivilisten-leiden-unter-unvorstellbarem-horror-inmitten-ethnisch-motivierter-gewalt-in-darfur/>

Ethnische Massentötungen und Plünderungen in Darfur

UN-Sicherheitsrat sollte zum Schutz von Zivilisten handeln, missbrauchende RSF-Kommandeure bestrafen

- Die Rapid Support Forces töteten Anfang November 2023 Hunderte von Zivilisten in West-Darfur.
- Die jüngste Episode der Rapid Support Forces mit ethnisch gezielten Tötungen in West-Darfur hat die Kennzeichen einer organisierten Kampagne von Gräueltaten gegen Massalit - Zivilisten.
- Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sollte dringend die UN-Präsenz im Sudan verstärken, um weitere Gräueltaten zu verhindern und Zivilisten in Darfur besser zu schützen.

<https://www.hrw.org/news/2023/11/26/sudan-new-mass-ethnic-killings-pillage-darfur>

Dezember

Am **3. Dezember** endet offiziell die *United Nations Integrated Transition Assistance Mission Sudan (UNITAMS)* der Vereinten Nationen. Am 1.12. stimmte der UN-Sicherheitsrat auf Antrag der sudanesischen Militärregierung für die Beendigung der Mission. *UNITAMS* wurde 2020 gegründet und sollte das Land beim Prozess der Demokratisierung unterstützen.

Die Vereinten Nationen ziehen ihr Mandat für den politischen Einsatz im Sudan zurück - wie von der Führung in Khartum gefordert. Ein Hilfsteam bleibt im Land. UN-Generalsekretär Guterres fordert weiter einen Waffenstillstand. <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/un-mission-sudan-100.html>

Mit zweierlei Maß

Die verhaltene Resonanz der westlichen Intellektuellen gegenüber Ländern wie Afghanistan oder dem Sudan wirft die Frage auf, ob sie sich wirklich für die Menschlichkeit einsetzen oder eher von politischen Motiven geleitet werden.

<https://jungle.world/blog/von-tunis-nach-teheran/2023/12/zweierlei-mass-sudan-und-gaza>

Januar 2024

8. Januar 2024 (DILLING) – Die sudanesische Armee und die Sudanesische Volksbefreiungsarmee-Nord (SPLA-N) unter der Führung von Abdulaziz al-Hilu stießen am Montag mit den Rapid Support Forces (RSF) in Dilling, der zweitgrößten Stadt Südkordofans, zusammen.

Die SPLM-N-Kräfte gewannen Berichten zufolge die vollständige Kontrolle über die Stadt, was zu Vorwürfen führte, dass die Armee Dilling der SPLM-N in einer geheimen Allianz übergeben habe, um der RSF entgegenzuwirken. <https://sudantribune.com/article281115/>

'Several' Sudanese die crossing border into Egypt

A number of people fleeing the war in Sudan have reportedly died during perilous smuggling journeys on the road through the Sahara desert into Egypt. On January 8, the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) reported that 378,504 people have arrived in Egypt since the war began.

<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudanese-die-crossing-border-into-egypt>

UN-Fact-Finding-Mission im Sudan beginnt mit der Arbeit, fordert Kriegsparteien auf, Konflikte zu beenden und die Menschenrechte zu respektieren

Der UN-Menschenrechtsrat hat im Oktober 2023 die Fact-Finding-Mission ins Leben gerufen, um alle angeblichen Menschenrechtsverletzungen im Konflikt zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF), den Rapid Support Forces (RSF) und anderen Kriegsparteien seit dem 15. April 2023 zu untersuchen, um sicherzustellen, dass die Verantwortlichen für Verstöße und damit verbundene Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Der Konflikt hat Tausende Tote und Millionen Vertriebene hinterlassen.

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/01/un-fact-finding-mission-sudan-begins-work-calls-warring-parties-end-conflict>

Sudan: Seven human rights defenders and activists arrested, detained, and allegedly tortured by the SAF Military Intelligence Unit in the Blue Nile Region

<https://www.acips.org/publications/sudan-seven-human-rights-defenders-and-activists-arrested-detained-and-allegedly-tortured-by-the-saf-military-intelligence-unit-in-the-blue-nile-region>

Sudan suspends its membership in IGAD

January 20, 2024 (PORT SUDAN) – In a significant move, the Sudanese government has announced the suspension of its membership in the IGAD, a regional bloc tasked with the resolution of the ongoing conflict, in protest of the organization’s failure to respect Sudan’s decision to cease its involvement in the country’s internal affairs. <https://sudantribune.com/article281499/>

ETHNICALLY MOTIVATED ATTACKS IN ARDAMATA LOCALITY IN WEST DARFUR

<https://www.acips.org/publications/ethnically-motivated-attacks-in-ardamata-locality-in-west-darfur>

Gewalt gegen Zivilist*innen

Immer wieder wird von gewalttätigen Übergriffen und Plünderungen gegen Zivilist*innen in Wohngebieten in Omdurman und Khartoum berichtet. Wer für die Übergriffe verantwortlich ist, bleibt teilweise offen, da RSF und SAF sich zum Teil die Verantwortung gegenseitig zusprechen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge berichtet u.a. von 32 getöteten Zivilist*innen am 05.09. in Omdurman. Am 10.09. kam es zu Bombardierungen auf dem Goro-Markt in Khartoum, wobei von mehr als 35 Todesopfern berichtet wurde. Die Organisation „Sudan Emergency Lawyers“ berichtet von 54 Todesopfern und 164 Verwundeten durch anhaltenden Beschuss der Städte Omdurman und El Obeid (Nord-Kordofan) am 9.10. Zum wiederholten Male wird an diesem Tag auch das Al-Nao-Krankenhaus in Omdurman bombardiert. Zeugenberichten zufolge sei die RSF für den Angriff verantwortlich.

Am 21. November sterben mind. 40 Zivilisten und werden weitere 50 bei einem Luftangriff der sudanesischen Armee auf die Umgebung eines Militärstützpunkts in Ost-Darfur, welcher zuvor von der RSF eingenommen wurde. Der stellvertretende RSF-Kommandeur Abdel Rahim Dagalo (Hemetti) bekräftigte in einer Rede, die Zivilbevölkerung beschützen zu wollen. [At least 40 civilians killed in El Daein by Sudanese warplanes - Sudan Tribune](#)

Sechs Monate nach Beginn des Konfliktes werden immer noch Zivilisten getötet und vertrieben

Die Eskalation des Konflikts zwischen den Rapid Support Forces (RSF) und den sudanesischen Streitkräften (SAF) geht heute (15. Oktober 2023) in den sechsten Monat, in dem mindestens 5.000 Zivilisten getötet, mehr als 12.000 verletzt und über 5,7 Millionen Menschen vertrieben wurden, sagte Tigere Chagutah, Regionaldirektor von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika:

<https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2023/10/sudan-sechs-monate-nach-beginn-des-konfliktes-werden-immer-noch-zivilisten-getoetet-und-vertrieben/>

Zivilist*innen leiden unter “unvorstellbarem Horror” inmitten ethnisch motivierter Gewalt in Darfur

Die Angriffe begannen um den 1. November herum, als die RSF den Militärstützpunkt der sudanesischen Streitkräfte (SAF) in der Stadt Ardamata angriffen, und intensivierten sich dann, als sie am 4. November das Lager einnahmen. Die Angriffe richteten sich gegen Männer, Frauen und Kinder, die überwiegend der

Masalit-Gemeinschaft angehörten, sowie gegen einige Angehörige anderer nicht-arabischer Stämme. Zeugen schilderten, wie Zivilisten in ihren Häusern, auf der Straße und beim Versuch zu fliehen, hingerichtet wurden.

<https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2023/11/sudan-zivilisten-leiden-unter-unvorstellbarem-horror-inmitten-ethnisch-motivierter-gewalt-in-darfur/>

Ausdehnung der Kämpfe auf Wad Madani – Neue Angst um die Bevölkerung

Zum Ausbruch der Kämpfe zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF) in der zweitgrößten sudanesischen Stadt Wad Madani sagte Tigere Chagutah, Regionaldirektorin von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika:

“Wir sind zutiefst besorgt über die Notlage der Zivilisten in Wad Madani. Aus Angst und Panik sind in den letzten Tagen viele Tausende von Menschen aus der Stadt geflohen. Wir fordern die SAF und die RSF dringend auf, die Zivilbevölkerung zu schützen und denjenigen, die die von der Gewalt betroffenen Gebiete verlassen wollen, sicheres Geleit zu gewähren.

<https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2024/01/sudan-ausdehnung-der-kaempfe-auf-wad-madani-neue-angst-um-die-bevoelkerung/>

Al-jazeera-Staat: 26 Männer willkürlich von der Militärischen Geheimdiensteinheit in Wad Madani verhaftet und getötet

Das African Center for Justice and Peace Studies (ACJPS) drückt seine tiefe Besorgnis über das steigende Niveau der ethnischen Gewalt und die Fortdauer des Trends durch die Kriegsparteien im Sudan aus. In dieser Pressemitteilung hat ACJPS Vorfälle dokumentiert, bei denen Militärgeheimdienste der Pro-National Congress Party (NCP) 26 männliche sudanesischen Bürger in Wad Madani, Bundesstaat Al-Jazeera, verhaftet und getötet haben. Wir fordern die Kriegsparteien auf, die Menschenrechte der sudanesischen Bürger zu respektieren, die nach der Verfassungscharta garantiert sind, sowie regionale und internationale Menschenrechtsabkommen, die vom Sudan ratifiziert wurden. Die sudanesischen Behörden müssen eine unabhängige und unparteiische Untersuchung der Vorwürfe der Folter und Tötung der 26 Männer in Wad Madani durchführen. Der Bericht über die Ermittlungen muss veröffentlicht und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

<https://www.acjps.org/publications/al-jazeera-state-26-men-arbitrarily-arrested-and-allegedly-killed-by-the-military-intelligence-unit-in-wad-madani>

Darfur: Forty-one civilians including children killed in Donki Shatta village and Nyala city

<https://www.acjps.org/publications/darfur-forty-one-civilians-including-children-killed-in-donki-shatta-village-and-nyala-city>

Sudan: The continued use of child soldiers in the armed conflict in South Darfur

<https://www.acjps.org/publications/sudan-the-continued-use-of-child-soldiers-in-the-armed-conflict-in-south-darfur>

VIOLATIONS AGAINST THE ALREADY VULNERABLE POPULATION IN ZALINGEI, CENTRAL DARFUR

<https://www.acjps.org/publications/violations-against-the-already-vulnerable-population-in-zalingei-central-darfur>

Fourteen female IDPs including children sexually violated in South Darfur

<https://www.acjps.org/publications/fourteen-female-idps-including-children-sexually-violated-in-south-darfur>

Humanitäre Krise**WHO geht von mehr als 12.000 Toten im Sudan aus**

Stand: 08.12.2023 14:44 Uhr

Es ist eine humanitäre Krise: Im Sudan sind seit Beginn des Bürgerkriegs vor acht Monaten laut der WHO mehr als 12.000 Menschen gestorben - viele wegen mangelnder medizinischer Versorgung. Krankheiten breiten sich immer weiter aus.

<https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/sudan-who-100.html>

<https://www.dw.com/de/sudan-massaker-vertreibungen-und-kein-ende-der-gewalt/a-67640359>

<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-war-khartoum-clashes-el-gezira-airstrikes-and-humanitarian-crisis-in-darfur>

Sudan humanitarian situation tops IRC Emergency Watchlist for 2024

The flow of displaced people from El Gezira to eastern and northern Sudan continues. They face difficult humanitarian conditions due to overcrowded shelters and limited services. Sudan topped this year's International Rescue Committee's watchlist of countries most likely to experience a deteriorating humanitarian crisis.

<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-humanitarian-situation-tops-irc-emergency-watchlist-for-2024>

<https://www.rescue.org/de/pressemitteilung/irc-emergency-watchlist-2024>

Genf/ N'Djamena/ Port Sudan – Die Generaldirektorin der Internationalen Organisation für Migration (IOM), Amy Pope, hat die internationale Gemeinschaft aufgefordert, die Finanzierungsbemühungen zu verstärken und Millionen von Zivilisten, die die Hauptlast des neunmonatigen Konflikts im Sudan tragen, nicht im Stich zu lassen. Eine koordinierte und fortgesetzte humanitäre Hilfe ist dringend notwendig, um den wachsenden Bedarf der größten Vertreibungskrise der Welt zu bewältigen.

Mehr als 7,7 Millionen Menschen mussten seit Beginn der Kämpfe am 15. April 2023 aus ihren Häusern im Sudan fliehen, so der neueste [Bericht der IOM, der](#) am 16. Januar veröffentlicht wurde. Sechs Millionen davon sind im Sudan vertrieben, während 1,7 Millionen weitere über die Grenzen in den benachbarten Südsudan, Tschad, Äthiopien, Ägypten, die Zentralafrikanische Republik und Libyen geflohen sind.

„Ein Waffenstillstand im Sudan ist dringend notwendig, um den Menschen einen würdigen Wiederaufbau zu ermöglichen. Wir dürfen dem Leid von Millionen von Menschen, die von solch verheerenden Konflikten betroffen sind, nicht den Rücken zukehren“, sagte IOM-Generaldirektorin Amy Pope nach ihrem jüngsten Besuch im Ost-Tschad, wo sie die Auswirkungen des Konflikts auf Vertriebene aus erster Hand sah.

„Jetzt brauchen wir mehr denn je jede mögliche Unterstützung, um weiterhin lebensrettende humanitäre Hilfe zu leisten und zu einer Erholung und langfristigen Lösungen zu gehen“, sagte die GD Papst.

Im Jahr 2024 fordert die IOM 307 Millionen US-Dollar auf, 1,2 Millionen Menschen zu erreichen, die von diesem Konflikt betroffen sind, darunter Binnenvertriebene, Flüchtlinge, Rückkehrer und Drittstaatsangehörige.

Mehr als 600.000 von denen, die vor der Gewalt fliehen, befinden sich im Ost-Tschad. Davon sind über 136.000 neu zurückkehrende Tschadianer, die im Sudan lebten, aber durch den Konflikt gezwungen wurden, in den Tschad zurückzukehren, sowie Wanderarbeiter aus anderen Ländern und ihren Familien.

Die IOM hat bisher mehr als eine Million Menschen im Sudan und in den umliegenden Ländern unterstützt. Dazu gehört die Bereitstellung von Bargeldhilfe für fast 73.000 Menschen und die Erleichterung des Weitertransports von 150.000 zu sicheren Orten in den Nachbarländern. IOM und Partner haben und liefern den durch den Konflikt gefährdeten Interventionen für die durch den Konflikt gefährdeten Maßnahmen und die Sicherheit von Gesundheitsschutz, Wasser, Wasser, sanitären Einrichtungen und Unterkünften.

<https://www.iom.int/news/iom-chief-international-community-must-not-turn-its-back-worlds-largest-displacement-sudan>

Allgemeine Lage und anhaltende Kampfhandlungen (BAMF)

Am 18.01.24 traf sich Mohamed Hamdan Daglo, Kommandeur der Rapid Support Forces (RSF), mit führenden Mitgliedern von IGAD (Intergovernmental Authority on Development) in Kampala, um seine Vorstellung für die Beendigung des Konfliktes im Land zu besprechen. Zusätzlich kam er mit dem UN-Sondergesandten für den Sudan sowie der EU-Sonderbeauftragten für das Horn von Afrika zusammen und bekräftigte seine Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen. Aufgrund der Teilnahme Daglos am IGAD-Treffen zog Sudans Regierung ihre Teilnahme zurück und verkündete ihren Rücktritt aus der IGAD-Organisation.

Am 20.01.24 sind Berichten zufolge im Norden des Landes zehn Zivilpersonen durch eine Landmine ums Leben gekommen. Bei Luftangriffen in der RSF-kontrollierten Region El Zurug (North Darfur) seien am 17.01.24 bei Luftangriffen zwölf Personen getötet worden. Kampfhandlungen in und um Khartum führten derweil zu Stromausfällen und der Unterbrechung der Wasserversorgung.³⁷

Humanitäre Lage

UN-Angaben zufolge würden Organisationen erwägen, ihre Hilfslieferungen über eine neue Route über Südsudan zu transportieren, um möglichst weite Teile des Landes erreichen zu können. Derzeit würde ein Großteil der Hilfslieferungen über Port Sudan koordiniert und verteilt werden. Viele Lieferungen würden im weiteren Verlauf geplündert und Hilfskräfte angegriffen werden. Über die neue Route erhoffen sich die Organisationen einen unbürokratischeren und direkteren Verteilungsprozess. Mit der Übernahme Wad Mandanis durch die RSF im Dezember 2023 haben die Hilfsorganisationen einen wichtigen Zugang zu einem humanitären Hub verloren (vgl. BN v. 18.12.23 u. 08.01.24). Dies schränkt die Möglichkeiten für

Hilfslieferungen weiter ein. Es herrscht insbesondere in der Region Khartum eine stark eingeschränkte Gesundheitsversorgung, nur wenige Gesundheitseinrichtungen sind funktionsfähig. Anfang des Jahres 2024 wurde einigen Hilfsorganisationen erstmals nach 90 Tagen eine begrenzte Anzahl von Reise Genehmigungen für den Zugang zu den von RSF kontrollierten Gebieten erteilt.

Der UN-Experte für Menschenrechte im Sudan, Radhouane Nouicer, äußerte sich besorgt über anhaltende Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht und forderte eine sofortige Einstellung der Kampfhandlungen. Vor allem die Vertreibung der Zivilbevölkerung, die steigenden Menschenrechtsverletzungen und die wachsende Hungersnot müssten gestoppt werden. Besorgniserregend sei ebenfalls eine Zunahme ethnisch motivierter und sexueller Gewalt sowie Berichte über die Rekrutierung Minderjähriger. Einem aktuellen Bericht der UN zufolge, seien im Laufe des Jahres 2023 allein in El Geneina (West Darfur) 10.000 bis 15.000 Menschen aus ethnisch motivierten Gründen von Mitgliedern der RSF und arabischer Milizen getötet worden.³⁸

